

Die Volksstimme
erscheint täglich mit Ausnahme
der Tage nach Sonn- und
Festtagen.
Verantwortlicher Redakteur:
Friedr. Wahle, Magdeburg.
Für den Inseratenteil:
Karl Rankau, Magdeburg.
Verlag von B. Garbaum,
Magdeburg-Neustadt.
Geschäftsst.: Schmiedehofstr. 5/6
Druck von E. Arnoldt,
Magdeburg
Fernsprech-Anschluß
Nr. 1587, Amt I.

Volksstimme

Pränumerando zahlbarer
Abonnementspreis:
Vierteljährl. inkl. Bringerlohn
2 Mk. 25 Pf., monatl. 80 Pf.
In der Expedition u. den Aus-
gabestellen 2 Mk., monatl. 70 Pf.
Bei den Postanstalten 2,50 Mk.
inkl. Bestellgeld.
Einzelne Nummern 5 Pf.
Sonntags-Nummer 10 Pf.
Zeitungsliste Nr. 7095.
Inserationsgebühr 15 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Unterhaltungsbeilagen der Volksstimme: Die Neue Welt (achtseitig, illustriert) und der Romanbogen. Außerdem: Der Landbote.

No. 225

Magdeburg, Donnerstag, den 25. September 1895.

6. Jahrgang.

Arbeiter, Arbeiterin! Was für ein Blatt liest Du?

In Magdeburg, woselbst bei den letzten allgemeinen Wahlen 16 663 Stimmen auf den Kandidaten der Sozialdemokratie entfallen sind, könnte noch vieles für das Organ der Sozialdemokraten gethan werden. Es thut uns oft in der Seele wehe, wenn wir sehen, daß ärmlich gekleidete Arbeiterkinder, denen Not und Entbehrung schon im zarten Alter im Gesicht geschrieben stehen, ein Blatt nach Hause schleppen, das Tag für Tag gewissenhaft verzeichnet, wie man sich bei Hofe räuspert und spuckt, über die kapitalistische Ordnung voll des Lobes ist, von den Leiden des arbeitenden Volkes aber kein Sterbenswörtchen zu berichten weiß, es wäre denn, daß es sich auf Seiten der Ausbeuter gegen die Arbeiter stellt. Solche unwissende Arbeiter, die sich ins eigene Fleisch schneiden, indem sie mit ihrem sauer verdienten Gelde die Feinde ihrer Klasse und damit ihre eigenen unterstützen, über ihre Klassenlage aufzuklären, ist unsere Pflicht. Dazu bedarf es aber der Mitwirkung jedes einzelnen Genossen in Fabrik und Werkstatt, in der Wohnung wie in Gesellschaft. Was für ein Blatt liest Du? muß die Frage an jeden Arbeiter oder an jede Arbeiterin sein, und je nachdem die Antwort lautet, muß die Belehrung folgen. —

Zur Lage in Rußland.

Aus Rußland kommen in letzter Zeit allerlei Nachrichten, die auf eine eigentümliche Erregung in gewissen Volkskreisen hindeuten. Diese Erregung äußert sich zunächst noch in einem gewissen geistlichen Widerstand gegen die Regierung und ihre Pläne; immerhin aber macht sich die tiefe Unzufriedenheit, die herrscht, in so allgemeiner Weise geltend, daß die Zarenregierung in ihrer gewohnten gewaltthätigen Art eingreift. Massenverhaftungen, bei denen man tausend und mehr Personen auf einmal den Gefängnissen überliefert, werden aus den verschiedensten Distrikten gemeldet. Kleine Unruhen aller Art, von denen berichtet wird, zeigen das Anwachsen des Geistes der Empörung. Bei dem System der Vertuschung, das die russische Regierung zu befolgen pflegt, kann man sicher sein, daß die Nachrichten, die ins Ausland kommen, eher zu wenig als zu viel sagen und daß in Wirklichkeit die Erregung des Volkes noch größer ist, als gemeldet wird.

Diese Erscheinung ist nur zu natürlich. Das Regime des verstorbenen Zaren hatte jede liberale Regierung unterdrückt. Die revolutionäre Bewegung, die in der Hinrichtung Alexanders II. ihren Höhepunkt fand, wurde vernichtet. Die Ruhe des Kirchhofs lagerte über dem heiligen Rußland. Das Volk lebt still und stumpf dahin. Selbst die Kreise, aus denen sich die früheren oppositionellen Elemente rekrutierten, hatten allen Glauben verloren, daß die Gegenwart Besserung der politischen Verhältnisse bringen könne. Man klammerte sich an den Strohalm der Hoffnung, daß mit dem Tode Alexanders III. das Schlimmste überstanden sei und daß sein Nachfolger Reformen einführen werde. Die Legende von dem „liberalen Kronprinzen“ hat nie so viele Gläubige gefunden, wie in Rußland vor dem Tode des letzten Alexanders, und bis tief in die Reihen des revolutionären Elements fand dieser Glaube seine Anhänger. Aber auch nie ist die Enttäuschung größer gewesen, als nach dem Regierungsantritt des „liberalen Kronprinzen“.

Der neue Zar entpuppte sich bald als ein Schwächling, der das Spielzeug seiner Umgebung ist. Ohne jeden eigenen Willen, überläßt er die Herrschaft vollständig seiner Mutter, die wieder den reaktionärsten der Reaktionäre, den Procurator der „heiligen Synode“ zum Ratgeber hat. Anstatt kesser, ist es schlummer geworden. Anstatt der erhofften Reformen trat erhöhte Reaktion ein. Die öffentlichen Kundgebungen des Zaren und seiner Stellvertreter waren ein Schlag ins Gesicht des Volkes. Jede Hoffnung auf Besserung der Zustände „von oben“ mußte damit schwinden. Man begann sich wieder auf die Wahrheit des Wortes, daß jede Befreiung von den Interessierten selbst erkämpft werden muß. Die vorhandene Unzufriedenheit im Volke findet ihren Ausdruck zunächst in dem geistlichen, aber hartnäckigen Widerstande gegen die Regierung, von dem jetzt aus ganz Rußland berichtet wird, und es ist als sicher anzunehmen, daß die gewaltthätigen Maßregeln, mit denen man der neu erwachenden Bewegung begegnen wird, dazu führen, daß über kurz oder lang der geistliche Widerstand zu einem ungeistlichen wird, daß die Reformbewegung sich zu einer neuen revolutionären Bewegung auswachst.

Politische und volkswirtschaftl. Arbeiterzeit.

Zu der Nation beschäftigt sich ein ausführlicher Artikel mit dem Verhalten der Staatsanwaltschaft im Falle Hammerstein. Wir geben daraus die folgenden Bemerkungen wieder: Erst jetzt hört man, daß die Staatsanwaltschaft sich mit der Angelegenheit beschäftigt, nachdem seit Monaten der Freiherr v. Hammerstein öffentlich zahlreicher Vergehen und Verbrechen beschuldigt war, und nachdem der Freiherr sich inzwischen aus dem Staube gemacht hatte. Ob Herr v. Hammerstein bestraft wird oder ob er nicht bestraft wird, das ist jetzt, nachdem ein reinigendes Gewitter durch die Öffentlichkeit geblasen ist, politisch gleichgültig; aber nicht gleichgültig ist es, wie die

Staatsanwaltschaft ihre Funktionen versieht, und diesen Punkt wird man im Parlament zur Sprache zu bringen haben. Und nun denke man sich, wie Thatsachen dieser Art auf die Bevölkerung wirken müssen; vor allem auf die Sozialdemokratie. Männer in sehr hohen Stellungen, im Staatsdienste und am Hofe, ein Regierungspräsident, ein vortragender Rat und Kammerherr, ein Hofprediger a. D. und andere gleichen Ranges, die zum Teil das Kreuz-Zeitungskomitee bilden, auf diesen Wegen einhersehrend, und eine staatliche Behörde, die Staatsanwaltschaft, achlos an den Hammersteinischen Vorgängen vorüberwandelnd, während sie einen Sozialdemokraten, der irgend eines Vergehens schuldig oder nur verdächtig scheint, mit blitzartiger Schnelligkeit (auch telephonisch. R. d. S. B.) zu greifen sucht und ihn vielleicht sogar in aller Frühe aus dem Bette heraustritt. Das sind Erscheinungen, die sich tief der Volksseele eindrücken. Soll man sie verhüllen oder vertuschen, damit überzogen ähnliche Vorgänge sich wiederholen? Nein, dies ist der Segen der Öffentlichkeit, daß sie solche Schäden aufdecken kann, ehe es zu spät ist.

Die Stärkung der Reichsgewalt. In der Amtspresse lesen wir: Tiefe Entrüstung hat sich aller Patrioten über die maßlosen Schmähungen der Hintermänner des Vorwärts bemächtigt. Jeder, dem die Erinnerung an Sedan wie ein heiliges Feuer im Herzen brennt, wird geneigt sein, sich einer Bewegung zur Stärkung der Reichsgewalt im Kampfe anzuschließen. Wenn dieser Kampfesruf erschallt, dann muß ein jeder wissen, wo er Stellung zu nehmen hat. — Also die politische Selbstzucht soll nur dazu dienen, das gemeinsame Vorgehen gegen den Umsturz vorzubereiten. Dann aber, wenn die Vorbereitungen getroffen sind, dann kommt die Stärkung der Reichsgewalt an die Reihe. Die Idee einer Erneuerung der verunglückten Umsturzvorlage scheint also noch keineswegs endgültig aufgegeben zu sein. Wir können der Amtspresse jedoch versichern: „Wenn der Kampfesruf erschallt“, wird jeder Arbeiter wissen, wo er Stellung zu nehmen hat. —

Die Nationalliberalen geben die Hoffnung auf neue Verhärtnungen der Gesetze gegenüber der Sozialdemokratie noch nicht auf. Der fanatischste Anhänger dieser Richtung, der frühere Abg. Böttcher, meint in den Hamburger Nachrichten, der Reichstag werde vermutlich Veranlassung haben, wenigstens für die empörendste Kategorie der vorgekommenen Prehansschreitungen künftig eine angemessene Abmildung zu sichern. Dabei werde sich eine eingehende Erörterung des umfassenden gesetzgeberischen Vorgehens von selbst ergeben. —

Tabaksteuervorlage oder nicht? Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt: Gegenüber einer in einem Berliner Blatte enthaltenen, von anderen Blättern nachgedruckten Mitteilung, betreffend die Tabakfabrikanten, können wir feststellen, daß Graf Posadowsky bei seiner Anwesenheit in Süddeutschland nicht über einen neuen Tabaksteuer-Entwurf verhandelt hat und im Reichsschatzamt zur Zeit ein solcher Entwurf nicht ausgearbeitet wird. Also „zur Zeit“ wird angeblich kein Gesetzesentwurf ausgearbeitet! Mit Verlaub: die Norddeutsche Allgemeine Zeitung ist schlecht unterrichtet. Schlecht unterrichtet sind auch die Berliner Politischen Nachrichten, wenn sie die Nachricht von der Ausarbeitung eines neuen Tabaksteuergesetzes leugnen. Wie die Volks-Zeitung schreibt, hat die Post im wesentlichen recht, wenn sie ihre Mitteilungen aufrecht erhält. Fraglich ist nur, ob schon in der nächsten Session der neue Tabaksteuergesetz-Entwurf vorgelegt werden wird, wie die Volks-Zeitung dies bereits am Sonnabend ausgeführt hat, indem sie (wie sie schreibt) auf Grund besserer Informationen schrieb: „Der Zeitpunkt der Einbringung des neuesten Tabaksteuer-Gesetzes ist noch nicht festgesetzt, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil man zur Zeit keiner Deckungsmittel bedarf. Diese letzteren dürften aber notwendig werden, wenn Meeres- und Marine-Verwaltung mit neuen Forderungen hervortreten werden.“ Diejenigen, welche unter vorgebundener größter Carve den Glauben erwecken, als suche der

Reichsschatzsekretär um die höhere Besteuerung des Tabaks herumzukommen, wissen offenbar nicht, wie viel uns im besonderen unsere Marine noch kosten wird. Zum Reichsschatzamt weiß man es. Wir warnen die Tabakindustrie aufs nachdrücklichste davor, den Versicherungen, daß der Tabak vor einer anderweitigen Besteuerung sicher sei, irgend welchen Glauben zu schenken. —

Wasser auf die Mühlen der Sozialdemokratie.

Die Freisinnige Zeitung schreibt: Seit beinahe drei Jahren wird die Tabakindustrie fortgesetzt durch Steuerprojekte beunruhigt, obgleich unmittelbar vor den letzten Reichstagswahlen im Reichsanzeiger feierlich die Absicht einer solchen höheren Besteuerung in Abrede gestellt wurde. Unternehmer und Fabrikanten leiden unter dieser Beunruhigung in hohem Maße. Es ist wahrlich schon Unzufriedenheit genug im Reiche und über die Reichsregierung vorhanden, als daß es angezeigt sein könnte, durch solche finanziell noch dazu ganz überflüssige Steuerprojekte wiederum Del ins Feuer zu gießen. Soeben erst beginnen die Erwerbsverhältnisse sich zu bessern, und so gleich fährt man wieder mit rauher fiskalischer Hand dazwischen durch eine Beunruhigung eines großen Industriezweiges, welche eine nachteilige Rückwirkung auf andere Erwerbszweige ausüben muß. Noch unverständlicher würde es sein, wenn man etwa auf der einen Seite Steuerermehrungen vornehmen, auf der anderen Seite die Konvertierungen unterlassen wollte. Das wäre doch eine Bourgeoispolitik zu Gunsten der Rentner und auf Kosten der arbeitenden Klassen, wie sie sich die Sozialdemokratie nicht gehäufiger ausmalen könnte. — Wie schön doch unsere Gegner für uns arbeiten. —

In das Lager der Regierung eingeschwenkt.

In dem Artikel „Hammersteinmoral“ haben wir ausgedrückt, daß die Agrarier der Opposition gegen ihren Herrscher müde, bemüht waren, in das kaiserliche Heerlager abzuschwenken. Hammerstein widersetzte sich dieser Abschwendung — deshalb mußte dieser Rebell stürzen. Nachdem der edle Graf in Sicherheit, marschieren die Junker mit fliegenden Fahnen in das kaiserliche Heerlager. Die Kreuzzeitung nimmt von der Meldung über die Wiedereinbringung der Tabaksteuervorlage Notiz und erklärt, daß sie der Vorlage, wenn sie die angebotene Steuerverteilung enthielte, beifällig gegenüberstehen würde. Damit tritt die Kreuzzeitung in einen Gegensatz zu der früheren Haltung des Herrn v. Hammerstein, der einer der schärfsten Gegner der vorjährigen Tabaksteuervorlage war. —

Die Mitteilung, daß hinter dem stüchtigen Führer der preussischen Konserverwaren, Herrn von Hammerstein, ein Haftbefehl erlassen sei, wird jetzt von den Neuen Zürcher Stimmen mit der Maßgabe bestätigt, daß das Ersuchen zur Verhaftung des pp. Hammerstein an die Staatsanwaltschaft in Jansbrud gerichtet worden ist. Die Jansbruder aber werden's wohl auch nicht anders machen, wie es ehemals die Nürnberger zu machen pflegten: diese henkten nie jemand, den sie nicht hatten. Bis zu den griechischen Inseln reicht der Arm der Jansbruder Staatsanwaltschaft nicht. —

Der Verbandstag Deutscher Gewerbevereine in Kassel beschloß gestern eine Resolution, daß durch eine mehr planmäßige Vergabung der öffentlichen Arbeiten der Arbeitslosigkeit gesteuert werden könnte. Weiter wurde als Ort für den nächstjährigen Verbandstag Stuttgart gewählt und danach der Verbandstag geschlossen. —

Spiionage!

Zu der Verhaftung des französischen Paares wegen Spiionage in Köln wird polizeifolgerichtig gemeldet: Die Beschlagnahme des Gepäcks der Verhafteten habe ein reiches „Material“ zu Tage gefördert. Die Berliner Polizei habe „sehr geschickt“ operiert. Es seien durch den von ihr mit der Angelegenheit berrauten Kommissar von Lausch noch in mehreren anderen Städten Verhaftungen, auch deutscher Reichsangehöriger, vorgenommen worden. Es

